

A10NEU10 Die soziale und gerechte Stadt

Gremium:	Vorstand KV LU - Nesrin Akpinar
Beschlussdatum:	20.10.2018
Tagesordnungspunkt:	0. Tagesordnung
Status:	Modifiziert

Text

1 Wir setzen auf die Bekämpfung von Armut!

2 Ziel grüner Sozialpolitik ist es, allen Menschen die gleichberechtigte und
3 selbstbestimmte Teilhabe am städtischen Leben zu ermöglichen. Wir werden die
4 Ausgrenzung von Menschen verhindern, die mit Behinderung, Armut oder in
5 Einsamkeit leben. Wir werden Politik für alle Menschen unserer Stadt machen.
6 Politik für alle Menschen der Stadt ist die Voraussetzung für ein friedliches
7 Zusammenleben aller Menschen. Wir setzen uns für bessere soziale Infrastruktur
8 und gleichberechtigte Teilhabe für alle Menschen ein. Hilfesysteme wollen wir
9 konsequent an der Würde und den Bedürfnissen der Hilfsbedürftigen ausrichten. Es
10 gilt, mit den Möglichkeiten der kommunalen Sozialpolitik Armut zu bekämpfen und
11 möglichst zu verhindern, dass Menschen in Armut fallen.

12 Besonderes Augenmerk muss der Bekämpfung der Kinderarmut und der Verbesserung
13 der Situation Alleinerziehender gelten. Bei der Berichterstattung und bei der
14 Erstellung eines Konzepts zur Armutsbekämpfung müssen die freien Träger, die
15 über eine besonders große Erfahrung in der Arbeit mit armen Menschen verfügen,
16 berücksichtigt werden.

17 Menschen ohne eigenes Einkommen sollen auf einem Mindestniveau versorgt sein und
18 in Würde leben können; möglichst in selbst angemieteten Räumen unter
19 Gewährleistung einer kontinuierlichen Versorgung mit Strom und Heizenergie und
20 mit erträglichen sanitären Bedingungen. Damit keine Menschen in Notunterkünften
21 leben müssen, die diesen Bedingungen nicht entsprechen, muss die Stadt ein
22 Handlungskonzept erarbeiten.

23 Energieeffizientes Wohnen darf nicht nur zahlungskräftigen Mietern und
24 Eigentümern vorbehalten sein. Der Stadtvorstand muss auf die
25 Wohnungsbaugesellschaft GAG einwirken, damit gerade finanzschwache Bürger*innen
26 die Chance haben, mit einer erträglichen "zweiten Miete", d.h. zu
27 erschwinglichen Energiekosten leben zu können. Bei Sanierungsprogrammen wie in
28 der Südlichen Innenstadt muss die Stadt darauf hinarbeiten, dass bei der
29 Renovierung von Wohnraum soziale und ökologische Gesichtspunkte berücksichtigt
30 werden.

31 Grüne Ziele sind...

- 32 • Ein Konzept zur Bekämpfung finanzieller Notlagen und gegen die Einweisung
33 in Notunterkünfte
- 34 • Ein Konzept zur Bekämpfung von Kinderarmut
- 35 • Weitgehende Sicherungen gegen Strom- und Heizenergiesperren bei finanziell
36 Schwachen und Gebührenfreiheit bei Entschuldungsmaßnahmen
- 37 • Energieeffiziente Wohnangebote für finanziell Schwache
- 38 • Ökologische und soziale Eingriffe bei der Wohnraumsanierung
- 39 • Intensivierung der Schuldnerberatung für junge Leute.

40 Beratung und Versorgung - wohnortnah

41 DIE GRÜNEN fordern einen Ausbau von Einrichtungen der sozialen Beratung und
42 Versorgung auf Stadtteil- und Quartiersebene. Gerade finanziell oder in der
43 Mobilität eingeschränkte Menschen greifen auf dezentrale Angebote zurück.
44 Quartiersbezogene Familieneinrichtungen sind daher eine wichtige Hilfe für Alte,
45 Alleinerziehende, Einsame und viele Menschen mit unzureichenden
46 Deutschkenntnissen.

47 Beschäftigung fördern, Arbeitslosigkeit mindern

48 Die Stadt wird alle Möglichkeiten nutzen, Arbeitslose zu qualifizieren und
49 mithilfe eines "dritten Arbeitsmarkts" bedarfsgerechte Arbeitsgelegenheiten
50 anbieten, die den Betroffenen auch zu einer spürbaren finanziellen Verbesserung
51 verhelfen. Zur Integration bildungsbenachteiligter Jugendlicher in den
52 Ausbildungs- und Arbeitsmarkt müssen erfolgreiche Maßnahmen wie KÜM
53 „Kooperatives Übergangsmanagement Schule Beruf“, Berufslotsen und Jobfüxe zur
54 Regel werden. Zum Abbau von Diskriminierung werden wir auch auf kommunaler Ebene
55 anonyme Bewerbungsverfahren voranbringen.

56 Grüne Ziele sind...

- 57 • Zusätzliche Ausbildungsplätze bei der Stadtverwaltung und ihren
58 Tochtergesellschaften,
- 59 • Weitere Qualifizierungsinitiativen für junge und ältere Arbeitslose in der
60 Stadt im Verbund mit der Agentur für Arbeit, dem Jobcenter und den
61 Weiterbildungsseinrichtungen,
- 62 • Städtische Unterstützung eines lokalen "Dritten Arbeitsmarkts"
- 63 • Zusatzjobs und sozialgeförderte Jobs zur dauerhaften Eingliederung in das
64 Berufsleben mithilfe von Bundes- und Landesprojekten

65 Stadt für alle Generationen

66 Die spezifischen Bedürfnisse älterer Menschen werden in der altersgerechten
67 Stadt berücksichtigt. Der Öffentliche Nahverkehr, neue und sanierte Wohnungen
68 und die Kommunikation mit der Verwaltung müssen möglichs barrierefrei werden..

69 Für kranke und pflegebedürftige Menschen muss ein engmaschiges Hilfe- und
70 Informationsnetz zur Verfügung stehen. Wir setzen uns dafür ein, dass die
71 wachsende Zahl von Menschen in Altersarmut in Ludwigshafen finanziell
72 abgesichert und würdig wohnen und leben können.

73 Grüne Ziele sind...

- 74 • Mehr lokale Anstrengungen zur Verhinderung von Altersarmut besonders bei
75 Frauen
- 76 • Ein Konzept und die Umsetzung für altersgerechte Mobilität und
77 altersgerechtes Wohnen in der Stadt
- 78 • Pflegestützpunkte müssen möglichst stadtteilnah eingerichtet werden
- 79 • Förderung der Mitwirkung älterer Menschen in allen sie betreffenden Fragen

80 Flüchtlingspolitik

81 Nach Ludwigshafen kommen Menschen, die vor Krieg, Verfolgung, aber auch vor
82 großer Not geflohen sind. Ihnen wollen wir in Ludwigshafen ein menschenwürdiges
83 Leben zusichern und eine Willkommenskultur, die sie vor Diskriminierung und
84 Rassismus schützt und ihnen gute Integrationsmöglichkeiten bietet.

85 Grüne Ziele sind...

- 86 • Einbeziehung der Wohnungsbaugesellschaften (insbesondere GAG) und privater
87 Vermieter bei der dezentralen Wohnungsversorgung
- 88 • Die Verbesserung des Integrations- und Berufsbildungsangebots,
89 Bildungsintegration auch für junge Erwachsene und Menschen mit unklaren
90 Bleibeperspektiven
- 91 • Konsequente Umsetzung der Schulpflicht, möglichst frühzeitige
92 Bildungsintegration; Lernen in gemischten Klassen, gezielte Förderung der
93 sprachlichen Integration
- 94 • Vermeidung von Ghettobildung
- 95 • Das Wohnen in Notunterkünften darf kein Dauerzustand sein!

96 Integration: Mehr Teilhabe, mehr Förderung

97 Insgesamt weit über 30% der Ludwigshafener haben einen Migrationshintergrund.
98 Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund sind in ihren Bildungschancen
99 oft benachteiligt. Viel zu Wenige erhalten die Ermutigung und Förderung um
100 Abitur oder Fachhochschulreife zu erreichen; weiterhin zu Viele verlassen die
101 Schule ohne Abschluss. Jede Investition in Bildung ist eine Investition in
102 Integration und damit eine Zukunftsinvestition für unsere Stadt. Je früher,
103 desto besser. Die Integrationspolitik der Stadt braucht ein Konzept und
104 Koordinierung. So werden wir das friedliche und funktionierende Zusammenleben,
105 die soziale Integration, in Ludwigshafen mitgestalten.

106 Die Teilhabe der MigrantInnen in den verschiedenen Lebensbereichen der Kommune
107 ist bis heute nicht gelungen. Kommunales Wahlrecht für alle in Ludwigshafen

108 lebenden Menschen, nicht nur EU-Bürger. Die Integration ist nicht nur das
109 Angebot zur Teilhabe, sondern auch der Wille dazu.

110 Grüne Ziele sind...

- 111 • Eine nachhaltige, zukunftsorientierte und koordinierte Migrationspolitik
112 mit einem Migrationsrat (vorhanden: BMI)
- 113 • Eine Intensive Sprachförderung von Anfang an! Schon in den Kindergärten
114 und Kindertagesstätten
- 115 • Förderung der bilingualen Erziehung
- 116 • Die Nutzung des Landesprogramm Kita plus zu niedrigrschwelligen
117 Informations- und Beratungsangeboten für Eltern
- 118 • Familienbildung und -unterstützung mit den Schwerpunkten Erziehung,
119 Bildung, Gesundheit und Ernährung
- 120 • Angebot für Sprach- und Integrationskurse auch für „freiwillig“
121 Teilnehmende, z.B. schon länger hier Lebende und mehr Mama-Kurse
- 122 • Miteinbeziehen aller Eltern in die vor- und schulischen Fördermaßnahmen
123 der Grund- und weiterführenden Schulen ihrer Kinder
- 124 • Ausweitung der inner- und außerschulischen Sozialarbeit
- 125 • Die Begleitung des Übergangs der Jugendlichen mit Migrationshintergrund
126 von der Schule zum Beruf durch intensive, koordinierte Zusammenarbeit von
127 Einrichtungen der schulischen und außerschulischen Sozialarbeit
- 128 • Fördermaßnahmen auch für Kinder und Jugendliche und deren Eltern, die in
129 Deutschland geboren sind
- 130 • Mehr Menschen mit Migrationshintergrund im Öffentlichen Dienst
- 131 • Stipendien für alle, gefördert durch die Stadt
- 132 • Teilhabe der Migranten in allen Bereichen der Politik

133 Inklusion

134 Die UN-Behindertenrechtskonvention, die das Menschenrecht auf selbstbestimmte
135 Teilhabe am gesellschaftlichen Leben garantiert, ist auch bei uns noch längst
136 nicht vollständig umgesetzt. Menschen mit Behinderungen sind tagtäglich
137 vielfachen Diskriminierungs- und Exklusionserfahrungen ausgesetzt. An dem Abbau
138 dieser Teilhabebehindernisse wollen wir im Land und in den Kommunen arbeiten -
139 unser Ziel ist die inklusive Gesellschaft!

140 Grüne Ziele sind...

- 141 • Einen kommunalen Behindertenbeauftragten
- 142 • Zur Unterstützung der Kommunalen Behindertenbeauftragten die Erstellung
143 eines kommunalen Aktionsplans für Inklusion
- 144 • Den weiteren Ausbau von Barrierefreiheit, sowohl im ÖPNV, als auch beim
145 Wohnraum, der Zugänglichkeit von Arztpraxen oder Wahllokalen.
- 146 • Eingliederungs- und Jugendhilfe eng miteinander vernetzen, mit dem Ziel,
147 Hilfen und Teilhabeleistungen aus einer Hand zu verwirklichen